

Zukunft kommt von Herkunft!

Gedanken zur Aktualität der sozialen Demokratie in Deutschland von Dr. Karsten Rudolph, MdL, stellvertretender Vorsitzender der NRW-SPD

Vortrag zum 25jährigen Bestehen des SPD-Ortsvereins Elleringhausen-Bruchhausen am 2. April 2005

1980 – 2005

Vor 25 Jahren, als der Ortsverein Elleringhausen-Bruchhausen gegründet wurde stand die SPD in Nordrhein-Westfalen vor einer schwierigen Landtagswahl. Im ersten Jahr des 1978 ins Amt des Ministerpräsidenten Johannes Rau ging manches schief und die Wetten auf einen erneuten Wahlsieg der Düsseldorfer SPD/FDP-Regierung standen schlecht. In einer großen Kraftanstrengung gelang jedoch das Unerwartete: Am 11. Mai 1980 gewann die SPD bei einer Wahlbeteiligung von 80 Prozent 48,4 Prozent der gültigen Stimmen und holte damit zum ersten Mal die absolute Mehrheit der Sitze im Parlament am Rhein. Der wenige Wochen zuvor gegründete Ortsverein Elleringhausen-Bruchhausen besaß einen sicheren Anteil an diesem Erfolg, denn in beiden Olsberg Ortsteilen konnte die SPD nach einem sensationell guten Abschneiden an der vorangegangenen Gemeindevwahl gegenüber 1975 weiter zulegen.

Im selben Jahr – am 5. Oktober 1980 – fand eine schwere Bundestagswahl statt, in der Bundeskanzler Helmut Schmidt und die sozial-liberale Regierung noch einmal bestätigt wurden. Von einer „Anti-Strauß-Wahl“ war die Rede. Im Rückblick betrachtet trifft dieses Wort präzise zu. Denn der bayerische Ministerpräsident und die CDU/CSU konnten von der Regierungsgewalt ferngehalten werden, doch die sozial-liberale Koalition hatte ihren Zenit überschritten, 1981 zerfiel sie zusehends, weil sie sich auf kein Programm gegen die Wirtschaftskrise verständigen konnte, 1982 wurde sie von den Liberalen aufgekündigt. Die Todesnachricht kam in Form des sogenannten „Lambsdorff-Papiers“, das eine Abkehr vom sozialen Konsens und einer gemischten wirtschaftspolitischen Strategie der Angebotspolitik und Nachfragebelebung darstellte. Das Scheidungspapier der Liberalen gilt heute als die Geburtsurkunde des Neo-Liberalismus in Deutschland.

„Zukunft kommt von Herkunft“ – das ist ein geflügeltes Wort unseres früheren Ministerpräsidenten Johannes Rau.

Zukunft kommt von Herkunft meint: Wenn man wissen will, wo man hin soll, muss man wissen von woher man kommt.

Es meint allerdings nicht, dass man die Zukunft gewinnen kann, wenn man die Vergangenheit schematisch auf die Gegenwart bezieht.

Das Wesen der Bundesrepublik ist in Artikel 20 Abs. 2 unseres Grundgesetzes fixiert. Die Formulierung stammt von Theodor Heuß und geht auf starke Anleihen bei Carlo Schmid zurück: „Die Bundesrepublik Deutschland ist ein demokratischer und sozialer Bundesstaat.“ Dass es überhaupt zu einem sozialen Konsens in der Bundesrepublik kam hatte zwei wesentliche politische Ursachen.

Die SPD entdeckte spätestens nach dem Krieg, dass sich Demokratie und Kapitalismus keinen unversöhnlichen Gegensatz bilden mussten. Richtig kombiniert – so die Idee der sozialen Demokratie – konnte daraus ein veritabler Sozialstaat erwachsen, der zu größerem Wohlstand für die breiten Schichten des Volkes, für soziale Sicherheit und sozialen Aufstieg aus der proletarischen Lebensweise und zu mehr sozialer Gerechtigkeit führte.

Und anders als in Weimar übernahmen die Konservativen und Liberalen den Sozialstaatsgedanken – schon um politisch zu überleben. Durch ihre weitgehende Kollaboration mit den Nationalsozialisten waren sie vorübergehend politisch diskreditiert und nichts dokumentierte ihren Neuanfang besser als die Gründung einer Union konservativ-protestantischer und katholischer Kräfte unter Einschluss des alten Zentrums, die sich für soziale Ideen öffnete und dem Nationalismus abschwor.

Überblickt man die 25 Jahre Geschichte, in der unser Jubilar steht, dann fällt vor allem auf, dass sie durch eine langwierige Umorientierung unserer Partei geprägt ist. Traditionelle Ordnungsmuster und -entwürfe wollten nicht mehr so richtig tragen; in der Bundespolitik ging die SPD für 16 Jahre in die Opposition. Dass sich die politische Architektur der Bundesrepublik nicht vollkommen verschob, lag daran, dass Nordrhein-Westfalen zu einer Hochburg der SPD und der sie tragenden Idee der sozialen Demokratie ausgebaut werden konnte, selbst dann als die Partei nur noch vier Ministerpräsidenten stellte.

Was im Bund nicht mehr trug, aber in Nordrhein-Westfalen, war der soziale Konsens der Nachkriegszeit; Nordrhein-Westfalen galt weiterhin als „soziales Gewissen“ der Republik, als ein Land, indem Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten immer wieder einen Ausgleich zwischen wirtschaftlicher Leistungsfähigkeit und sozialer Gerechtigkeit fanden.

Nun stand der wirtschaftliche und soziale Wandel an Rhein und Ruhr in dieser Zeit keineswegs still. Ganz im Gegenteil: Die Politik wurde ihrer Verantwortlichkeit gerecht und gestaltete den Strukturwandel sozial. Der Ausbau und Aufstieg der dichtesten Hochschullandschaft in Europa fand parallel zum Gleitflug der Schwerindustrie statt. Arbeit und Umwelt wurden im Konzept der ökologischen Modernisierung der Industriegesellschaft miteinander versöhnt und den Übergang in die Dienstleistungsgesellschaft markierte schließlich nichts deutlicher als der Aufbau einer in Deutschland beispiellosen Medien- und Kulturlandschaft.

Dass die Idee der sozialen Demokratie dennoch nicht aus ihrer Krise herauskam, lag daran, dass ihre Voraussetzungen schwanden und dass sie schwanden war ein Teil des Erfolges sozialdemokratischer Politik. Dass, was das Rhein-Ruhr-Modell ausmachte, die Behauptung der sozialen Marktwirtschaft durch die Mitbestimmung, das Betriebsverfassungsgesetz, die Kooperation der Akteure und durch ein aktives staatliches Handeln, konnte fraglos behauptet werden. Aber die klassische Industriegesellschaft, die Massenproduktion, die traditionelle Facharbeiterfamilie, die gewohnten Berufswege und die vertrauten sozialen Milieus lösten sich auf.

Der englische Soziologe Anthony Giddens hat in seinem Buch „Der dritte Weg. Die Erneuerung der sozialen Demokratie“ sehr plastisch die Herausforderungen beschrieben, vor die sämtliche sozialdemokratische Parteien Westeuropas in den letzten 25 Jahren gestellt waren. Drei möchte ich nennen und eine vierte hinzufügen.

Die erste Herausforderung: Globalisierung.

Die Globalisierung ließ herkömmliche nationalökonomische Konzepte weitgehend unwirksam werden und brachte den Sozialstaat in eine existenzielle Gefahr. Sozialpolitisch betrachtet bedeutete dies, dass der deutsche Sozialversicherungsstaat an seine Grenzen stieß.

Wirtschaftspolitisch betrachtet bedeutete es die Auflösung herkömmlicher Keynesianischer Konzepte, die Karl Schiller unter den Bezeichnungen Globalsteuerung, konzertierte Aktion, Aufschwung nach Maß oder antizyklische Konjunkturpolitik erst popularisierte und dann in der Großen Koalition und anschließend in der kleinen, sozial-liberalen Koalition umsetzte, bis Helmut Schmidt seit der Weltwirtschaftskrise – dem Vorboten der Globalisierung – auf einen Mix aus Angebots- und Nachfragepolitik setzte. Noch heute haben wir keine perfekten Antworten auf die Frage gefunden, wie man den Arbeitnehmer vor den negativen Folgen der Globalisierung wirksam schützen und eine koordinierte Wirtschafts-, Finanz- und Sozialpolitik betreibt, die auch dem Ziel der sozialen Symmetrie verpflichtet ist. Aber es gibt für sie eine unüberholte konzeptionelle Voraussetzung und inzwischen auch einige konkrete Antworten:

Nach wie vor sollte sich jede Politik von der Idee des gesamtwirtschaftlichen Gleichgewichts tragen lassen, vom „magischen Viereck“, das besteht aus

- einem stabilen Preisniveau
- einem außenwirtschaftlichen Gleichgewicht
- einem hohen Beschäftigungsstand und
- stetigem und angemessenem Wachstum.

Tatsächlich erreichen wir in Deutschland nur das erste Ziel und das auch nur zulasten der anderen drei.

Die extrem starke Fixierung auf die Exportseite hat den Blick auf die schwache Binnenkonjunktur lange überlagert. Dies hat auch zu einer Vernachlässigung bei der Wahrnehmung öffentlicher Aufgaben beigetragen, die sich bei einem hohen Staatsanteil am BIP besonders wachstums- und beschäftigungshemmend auswirkten. Deshalb ist ein stetiger Wachstumspfad für staatliche Investitionen in öffentliche Güter, in die Infrastruktur und die regionale Wirtschaft dringend vonnöten. Weil der Anteil der staatlichen und vor allem der privaten Mittel an den Ausgaben für Wissenschaft und Forschung zu gering ist, brauchen wir auch hier einen neuen Schub, um in Humankapital, d.h. in Bildung, Wissenschaft und Forschung und in die Fortbildung von Geringqualifizierten zu investieren.

Daneben sollten wir Lohn- und Gehaltszuwächse wieder stärker an der Produktivitätsentwicklung und dem Stabilitätsziel der Europäischen Notenbank orientieren, um der Binnenkonjunktur auf die Beine zu helfen.

Und schließlich ist eine Koordinierung der Haushaltspolitiken in der Bundesrepublik und im europäischen Maßstab dringend geboten, wenn der Staat unter den Bedingungen der Globalisierung wirtschafts- und finanzpolitisch handlungsfähig bleiben will. Die begonnene Reform des Stabilitäts- und Wachstumspakts weist dabei in die richtige Richtung.

Damit diese Politik zur sozialen Symmetrie findet, ist es unabdingbar, dass die an sich richtige Senkung der Lohnnebenkosten zulasten der Arbeitnehmer beendet wird sie. Ist sozial ungerecht und wirtschaftspolitisch unproduktiv.

Die zweite Herausforderung: Solidarität und Individualität in Einklang bringen

Die klassische Sozialdemokratie zeichnete sich durch die Liebe zur großen Organisation (der Industrie, der Partei, der Gesellschaft), Staatsnähe und kollektive Ordnungsentwürfe aus.

Seit den sechziger Jahren hat die Pluralisierung der Lebensformen zugenommen, haben sich Wertorientierungen verändert, hat sich die Gesellschaft liberalisiert. Unter den Bedingungen ungekannten Wohlstands hat die SPD diesen Wandel mitverursacht und mitgeprägt, bisweilen auch miterlitten. Dass Solidarität und Individualität keinen Gegensatz bilden müssen, hat zuletzt die große Hilfsbereitschaft bei der Tsunami-Katastrophe gezeigt. Die SPD hat die Bürgergesellschaft gefördert, steht für eine moderne Gesellschaftspolitik und ist gerade dabei, die Familienpolitik neu zu entdecken. An Stelle einfacher kollektiver Lösungen, begründen wir zunehmend ein neues Verhältnis von Individuum und Gesellschaft, in dem Rechte und Pflichten des Einzelnen und der Gemeinschaft bestimmt werden.

Wir sehen aber auch, dass sich die Rahmenbedingungen, in denen die Menschen ihre Chancen für ein gutes Leben entwickeln, weiter in Bewegung sind. Wer wie wir Brüche vermeiden, Übergänge ermöglichen, Menschen stärken, ihnen jederzeit Chancen einräumen und Teilhabe ermöglichen und Wege für alle öffnen will, der muss für eine solidarische und friedfertige Gesellschaft eintreten.

„Die Abwehr der Konservativen gegen die Chancen der Vielen ist Klassenkampf von oben“, hat Helmut Schmidt einmal bemerkt. Die neoliberal gewendeten Konservativen fördern die Ellbogenmentalität, zerstören den sozialen Frieden, indem sie mutwillig eine „Verbetriebswirtschaftlichung“ des Gemeinwesens betreiben. Sie sorgen damit selbst für einen Verfall des alltäglichen Sozialverhaltens, fordern anschließend mehr Patriotismus und rufen nach der Polizei. Sie wollen eine Marktgesellschaft oder – wie ich es nenne – die „McKinsey-Gesellschaft“. Eine solche Gesellschaft kann keine friedfertige Gesellschaft sein. In der McKinsey-Gesellschaft Kinder werden Kinder erst als ausgebildete Arbeitskräfte interessant und ältere Menschen als unproduktiv aus der Arbeitsgesellschaft ausgeschlossen.

Die McKinsey-Gesellschaft gibt den Menschen keine Gründe, sich um andere zu kümmern. Unser Leitbild ist aber eine Gesellschaft, die Menschen Gründe gibt, sich um andere Menschen zu kümmern! Das unterscheidet die soziale Demokratie von neoliberalen Konzepten.

Inmitten einer demokratischen Gesellschaft darf es keine Wirtschaft ohne Menschlichkeit, keine Diktatur der Aktionäre und Aktienfonds geben.

Der Staat, wenn er ein demokratischer sein will und sein soll, darf nicht schwach sein, wenn es um Chancengleichheit und soziale Gerechtigkeit geht. Deswegen wollen die Neoliberalen

einen schwachen Staat, weil sie nicht an Chancengleichheit und sozialer Gerechtigkeit interessiert sind.

Die Freiheit, die wir wollen, ist nicht der Spielraum für die Selbstentfaltung der Mächtigen, sondern die Garantie der gleichen Chancen eines selbstbestimmten Lebens ohne soziale Benachteiligung.

Die Verantwortung ist der Unterpfeiler der Freiheit. Rechte begründen auch Pflichten. Deswegen fordern wir Solidarität ein, drängen auf die Übernahme von Verantwortung für unser Gemeinwesen, fördern soziales Verhalten und unterstützen bürgerschaftliches Engagement.

Die dritte Herausforderung: Was ist rechts, was ist links?

Rechts und links unterscheiden sich durch die Einstellung zur Gleichheit. Die Sozialdemokratie hat stets gewusst, dass Leistung Privilegien bricht und dass Erarbeitetes wichtiger ist als Ererbtes. Deswegen haben wir gegen eine Politik der sozialen Vererbung stets eine Politik der Chancengleichheit gesetzt. Dieser Ansatz der sozialen Demokratie ist hochaktuell.

Wir wollen gleiche Gerechtigkeit, um allen Menschen die Chancen für Freiheit zu sichern, damit sie über die Mittel für ein selbstbestimmtes Leben erhalten. Die Gleichheit der Startchancen reicht dafür nicht aus. Wir brauchen gleiche Lebens- und Entfaltungschancen für jeden Einzelnen.

Oder in anderen Worten: „Das sozialdemokratische Modell geht - wie schon (...) die amerikanische, wie kurz darauf die französische Revolution, wie ebenso die ehrwürdige Denktradition des Naturrechts – davon aus, dass alle Menschen mit den gleichen Rechten geboren oder von Gott mit gleicher Menschenwürde und gleichen Rechten geschaffen sind.“ Daraus folgt ein historischer Auftrag für die sozialdemokratische Partei, nämlich „in einem Staat, in einer Gesellschaft gleiche Lebens- und Entfaltungschancen für jedermann“ herzustellen – „wenn schon gleiche Lebensumstände für jedermann nicht denkbar und nicht wünschenswert sind“. Das waren die Worte von Helmut Schmidt in der Festschrift für Willy Brandt zum 65. Geburtstag im Jahr 1979.

Gerecht ist also die Sicherung der gleichen Würde aller Menschen unabhängig von ihren Leistungen, aber ebenso die Anerkennung ihrer unterschiedlichen Leistungen für die Gemeinschaft. Ungerecht ist es, wenn diejenigen, die durch Vermögen und Einkommen Vorteile genießen, keinen angemessenen Beitrag zum Wohle aller leisten.

Konkret: Es kann und darf nicht sein, dass in einem Land, in dem jährlich 200 Mrd. € vererbt werden, das Aufkommen an Erbschaftssteuer bei 3 Mrd. € liegt. Es kann nicht sein, dass der Anteil der Erbschaftssteuer am gesamten Steueraufkommen in den USA, einem Land, in dem es nie eine sozialdemokratische Partei gegeben hat, deutlich höher ist als in Deutschland, dem Stammland der Sozialdemokratie.

In den letzten Jahren sind zwei Aspekte in der internationalen Diskussion über die Zukunft der sozialen Demokratie hervorgehoben worden, die in Deutschland erst jetzt ankommen. Erstens: Eine neue sozialdemokratische Politik bestimmt Gleichheit als "Inklusion". Was heißt das? Jedes Mitglied der Gesellschaft besitzt nicht nur formale Rechte (und Pflichten), es muss auch über wirksame Mitsprache und Teilhaberechte in der gesamten Lebenswirklichkeit besitzen. Ohne genügend Erwerbsarbeit gibt es in einer Gesellschaft, in der Arbeit für die Selbstachtung und den Lebensstandard maßgeblich sind, keine gleiche Gerechtigkeit. Erst der Zugang zur Arbeit sorgt fürs „Dabei-sein“. Warum ist dies so bedeutend geworden? Weil wir einen Ausschluss eines wachsenden Teils der erwerbslosen Bevölkerung am unteren Ende der Gesellschaft und eine „Revolte der Eliten“, einen freiwilligen Ausstieg aus der Gesellschaft am oberen Ende der Gesellschaft beobachten. Diese Ausschluss-Tendenzen bedrohen aber den sozialen Zusammenhalt der gesamten Gesellschaft.

Der zweite Aspekt wird unter dem Stichwort „Politik der Lebensführung“ behandelt. Damit ist gemeint, die sozialdemokratischen Parteien sollten die Wahl von Lebensformen anerkennen, auf die Bedingungen für ein gutes, gelingendes Leben (der Vielen) achten (also z.B. auf Chancengleichheit), aber sie müssen sich auch um Lebensentscheidungen kümmern. Sie sollten also aktiv danach fragen wie wir uns angesichts der Erderwärmung verhalten sollten.

Oder: Wie verhalten wir uns in und zu einer älter werdenden Gesellschaft? Sollen wir das Rentenalter abschaffen? Oder: Genügt ein reformierter Sozialstaat sowohl den Kriterien sozialer Gerechtigkeit als auch der Anerkennung einer aktiven Wahl von Lebensformen? Ohne Wohlstand, ohne soziale Sicherheit, ohne öffentliche Güter, ohne einen demokratischen Interessenausgleich, ohne ein effektives Rechtssystem wird eine Politik der neuen Lebensqualität natürlich nicht möglich sein. Aber es gibt zahlreiche Fragen, die sich daneben und danach stellen.

Die vierte Herausforderung: Bildung als Schlüssel zur Zukunft

Bildung wird maßgeblich über die Zukunft jedes Einzelnen entscheiden. Eine gute Ausbildung in der Schule, im Beruf oder in der Hochschule schafft ein Leben lang Chancen. Wir setzen gegen eine Politik der sozialen Vererbung eine Politik der Chancengleichheit, des Förderns und des Forderns. Bildung ist ein wichtiger Schlüssel für eine gerechte und wirtschaftlich erfolgreiche Gesellschaft. Wir müssen aus Abschlüssen Anschlüsse machen. Eine bildungs- und kulturorientierte Modernisierung unserer Gesellschaft braucht mehr Investitionen in die Bildung. Wir müssen:

- Vor allem mehr in die Fundamente des Lernens investieren.
- den Einstieg vom Kindergarten in die Schule erleichtern.
- die neue Ganztagschule schaffen.
- die Qualität von Lehren und Lernen weiter verbessern.
- die individuelle Förderung in den Mittelpunkt der schulischen Arbeit stellen.
- sorgfältiger mit der Lebenszeit junger Menschen umgehen und lebensbegleitendes Lernen ermöglichen.
- den Übergang von Schule in den Beruf und in die Hochschulen verbessern.
- die Lehrerausbildung und die Lehrerfortausbildung reformieren.
- das duale System weiter stärken.
- „Abschulen“ und Sitzen bleiben vermeiden.
- allen Schulen mehr Selbstständigkeit geben und Schulerfolge an allgemeinen Standards messen.

Im Mittelpunkt aller Anstrengungen müssen für uns die Kinder und die jungen Menschen stehen. Ihr erfolgreiches Lernen und ihre persönliche Entwicklung sind die Hauptkriterien, an denen sich der Erfolg schulischer Arbeit bemisst.

Ohne das Können und die Einsatzbereitschaft, ohne die Erfahrung und die Ideen unserer Lehrerinnen und Lehrer kann die Erneuerung unserer Schulen nicht gelingen. Wir unterstützen sie in ihrem Engagement.

Wir müssen uns auch an die Eltern wenden: Ohne ihre aktive Begleitung kann Schule nicht gelingen; Bildung und Erziehung sind auch eine Frage des Elternhauses.

Mit uns sind Schulreformen von oben nicht zu machen. Für die Schulreform brauchen wir ein Vertrauensklima und keine Re-Ideologisierung der Schulpolitik. Wir wollen keinen „Kampf“ um unsere Schulen. Wir suchen den offenen und kritischen Dialog in einer Reformpartnerschaft. Das gilt im Übrigen auch für die Fragen einer zukunftsfähigen Schulstruktur, die wir nur im breiten Konsens mit allen Beteiligten befriedigend beantworten können.

Wenn es uns gelingt, ein Klima des kritischen Mitdenkens zu schaffen, der gemeinsamen Gestaltung und Mitverantwortung, dann setzen wir auch erfolgreich um, was wir uns vorgenommen haben: eine Schule, die unsere Kinder für die Zukunft und die Zukunft für unsere Kinder aufschließt.

So wird Bildung zum Schlüssel zur Zukunft und zu einem zentralen Bestandteil sozialer Demokratie.

Fazit

Reformpolitik mit Leidenschaft, Augenmaß und in sozialer Verantwortung kann nur gelingen, wenn die sozialdemokratische Idee immer wieder gegen die ungerechten Zustände der Gegenwart erneuert wird. Engagement für Politik lässt sich nicht verordnen, schon gar nicht erzwingen. Es braucht Überzeugungskraft, Kraft zu Neuem und Mut zur Zukunft. Betrachtet

man die SPD als ein politisches Rezept, dann gelang es stets nur mit zwei kräftigen Zutaten und zwei wichtigen Prisen: die Formel der vier großen E: Erfahrung und Engagement sowie Entdeckungslust und Erfindergabe.

Nutzt Eure 25jährige Erfahrung, bleibt bei Eurem Engagement und bewahrt Euch Eure Erfindergabe.

Herzlicher Glückwunsch zum Geburtstag!